

Landtagsinfo vom 23.07.2019

*Uli Sckerl MdL*



**Liebe Freundinnen und Freunde,**

in den letzten Tagen hat die Mehrzahl unserer kommunalen Gremien neu konstituiert. Diese Woche kommen noch wenige hinterher. Die Ergebnisse können sich für uns Grüne mehr als nur sehen lassen! Wir konnten unsere Wahlerfolge durch die Bank auch in Positionen und (Ausschuss-)Sitze umsetzen. In den allermeisten Gemeinden erfolgte das im Einvernehmen der demokratischen Fraktionen, nur in Schriesheim kam es zur erwarteten Kampf-abstimmung um die Position der Stellvertreterin des Bürgermeisters. Hier hat sich politische Vernunft durchgesetzt. Fadime Tuncer wurde mit 16: 12 Stimmen zur ersten Bürgermeister-Stellvertreter\*in gewählt. Dazu gratuliere ich ebenso herzlich wie unseren drei weiteren ersten Stellvertreter\*innen in Dossenheim, Hirschberg und Weinheim: Helga Waller-Baus, Karl-Heinz Treiber und Elisabeth Kramer. Hinzu kommen viele 2. stellvertretende Bürgermeister\*innen.

Wie sieht es in Stuttgart aus? Noch eine Woche Durchhalteparolen anhören, dann ist es ....nicht geschafft. Denn nun kommt erst einmal für mich die sog. „Stallwache“, die Vertretung des Fraktionsvorstands in Urlaubszeiten. Die ist wie immer mit der Hoffnung verbunden, dass es in der Landespolitik ruhig bleiben möge. Da die grün-schwarze Koalition mit einem Missklang in die Sommerferien ging, weil die CDU die von uns vorgeschlagene Bürgerbeauftragte nicht mitwählte, ist das mit der Ruhe“ so eine Sache. Es könnte auch ein veritables Sommertheater geben. Ich bleibe gelassen. Melde mich kommendes Wochenende noch einmal bei Euch.

Nochmals der Hinweis auf unsere letzte Kreisversammlung vor der Sommerpause:  
**Donnerstag, 25.7.2019, 20 Uhr, Schriesheim, „Zum Goldenen Hirsch“, u.a. mit Aktivist\*innen von „Fridays for Future“**

Für heute mit sehr herzlichen grünen Grüßen, Euer Uli

## **Aus der Landespolitik**

### **Rettet die Bienen! Diskussion um die möglichen**

Der Bayerische Landtag hat den Gesetzentwurf des Volksbegehrens "Rettet die Bienen" mit großer Mehrheit von 167 Stimmen bei nur 25 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen am 17. Juli offiziell angenommen. In Baden-Württemberg läuft diese Initiative noch. Begleitet wird „proBiene“ von einer Diskussion um mögliche Ziele und der Frage, ob und wie diese erreichbar sind.

## Ziele des Volksbegehrens

Die Ziele des Volksbegehrens in Baden-Württemberg stimmen zu großen Teilen mit unserer grünen Programmatik überein. Die Stoßrichtung und Intention des Volksbegehrens unterstützen wir. Die Initiative von „proBiene“ gibt uns GRÜNEN und unseren Anliegen Rückenwind. Dabei ist uns wichtig, dass wir den Schutz der Natur nicht gegen, sondern mit der Landwirtschaft erreichen. Dabei wird es wohl zu Zielkonflikten kommen, weil die konventionelle Landwirtschaft, aber auch Verbände des Öko-Landbaus, wie z.B. Bioland, sich gegen die Ziele des Volksbegehrens wehren. Es muss daher möglichst gemeinsam geklärt werden, wie mit der Initiative den gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen entsprochen werden kann.

### **„ProBiene“ jetzt für Zulassung des Volksbegehrens Artenschutz - „Rettet die Bienen“**

Zeit für das Unterschreiben von „ProBiene“ bleibt noch bis zum 26. Juli. Bislang sind über 18.000 Unterschriften für den Zulassungsantrag des Volksbegehrens Artenschutz - „Rettet die Bienen“ eingegangen. Am 26. Juli werden die Unterschriften beim Innenministerium eingereicht, das die Zulässigkeit des Begehrens prüfen muss. Danach beginnt voraussichtlich im Spätsommer oder Herbst das eigentliche Volksbegehren. Innerhalb von sechs Monaten werden dann Unterschriften gesammelt. Unterstützen 10 Prozent der Wahlberechtigten in Baden-Württemberg das Volksbegehren, wird der Landtag damit befasst.

### **Wichtiger Impuls**

Klar ist bereits jetzt: Das Volksbegehren ist ein wichtiger Impuls für eine intensive öffentliche Auseinandersetzung darüber, wie wir noch mehr Artenschutz und mehr Ökolandbau erreichen. Unter grüner Führung haben die Regierungen Kretschmann I und II bisher die ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche von 7% auf 14% gesteigert. Klar ist auch, dass wir noch mehr machen werden. So ist die Fortführung des Sonderprogramms zur Stärkung der biologischen Vielfalt mit einem Finanzvolumen von 30 Millionen Euro für den Doppelhaushalt 2020/2021 bereits beschlossene Sache. Das Programm leistet einen wichtigen Beitrag, um dem Insektensterben Einhalt zu gebieten, die biologische Vielfalt der baden-württembergischen Kultur- und Naturlandschaft zu stärken. Auch wurden Projekte zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmittel, zum Moorschutz, der ökologischen Aufwertung des Straßenbegleitgrüns und der Wiedervernetzung von Lebensräumen umgesetzt. Wir wissen, dass wir weiter mehr tun können und tun müssen. Dafür werde ich mich weiterhin einsetzen.

## AfD, Prepper und Todeslisten

In den vergangenen Tagen machten Meldungen über eine gefundene Todesliste bei sogenannten „Preppern“ in Mecklenburg-Vorpommern die Runde. Prepper bereiten sich auf einen Tag X vor, der den Einsatz von Gewalt erforderlich machen soll. Bei dieser Prepper-Gruppe in



Mitarbeiter des Doktor Merz aus der neonazistischen Szene stammt. Dort gehören solche Methoden zum zunehmend beängstigenden Alltag.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.25000-gehackte-adressen-bei-rechtsterroristen-afd-abgeordneter-bereut-versendung-der-nordkreuz-liste.0d5e9ee6-6d17-4bf3-b6db-2398987ec68f.html>

## **Wenn es mal wieder Krach in der Koalition gibt:**

### ***Kandidatin der Grünen nicht zur Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württembergs gewählt***

Am letzten Plenartag vor der Sommerpause stand die Wahl der neuen Bürgerbeauftragten des Landes auf der Tagesordnung. Ein unverdächtiger Punkt, hat doch die grün-schwarze Koalition eine deutliche Mehrheit im Landtag. Sie hatte sich im Vorfeld auf Vorschlag der Grünen auf die bisherige Vorsitzende des Petitionsausschusses, die Grünen-Abgeordnete Bea Böhle (Baden-Baden) als künftige Bürgerbeauftragte verständigt. Bei der Wahl kam alles anders. Bea hätte mindestens 72 Stimmen gebraucht, erhielt aber nur 69. Mindestens 20 Abgeordnete der CDU haben ihr trotz klarer Vereinbarung in der Koalition die Zustimmung verweigert. Die Koalition geht nun mit schlechter Laune in die Sommerpause. Danach muss die CDU diesen Mist ausmerzen, sonst gibt es eine ernsthafte Belastungsprobe. Da die CDU bei allen Meinungsumfragen im Land schlecht dasteht, sollte sie das Spiel mit dem Feuer besser sein lassen! Noch ein paar Sätze zur Position der/des Bürger- und Polizeibeauftragten. Die Stelle wurde von uns Grünen in der grün-roten Koalition durchgesetzt. Nachdem die SPD sich geweigert hatte, die lange geforderte anonyme Kennzeichnung von Polizisten bei Großeinsätzen einzuführen, war die Einführung der Institution einer/eines Bürger- und Polizeibeauftragten ein Kompromiss (den die SPD dann dennoch nie angenommen hat). Die/der Beauftragte leistet seit 2016 unabhängige und überparteiliche Unterstützung und Vermittlungsarbeit. Dies geschieht kostenfrei. Es geht immer darum, Konflikte von Bürgere\*innen mit Landes- oder nachgeordneten Behörden zu schlichten. Bürgerinnen und Bürger können sich an die/den Beauftragten wenden, wenn sie sich von Behörden nicht korrekt behandelt fühlen und ein mögliches Fehlverhalten vorliegt. Die besondere Zuständigkeit für die Landespolizei besteht dabei in zwei Richtungen: zum einen als Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger, die der Bürgerbeauftragten ein persönliches Fehlverhalten einzelner Polizistinnen oder Polizisten zur Kenntnis bringen. So wird Bea Böhlen zukünftig daraufhin wirken, dass begründeten Beschwerden nachgekommen wird. Zum anderen ist die Bürgerbeauftragte eine Anlaufstelle, an die sich die Polizeiangehörigen wenden können, wenn sie interne Probleme oder Missstände ansprechen wollen. Von 2016 bis 31.7.2019 hat der frühere stellvertretende Präsident des Polizeipräsidiums Aalen Volker Schindler dieses Amt ausgeübt und vor allem aufgebaut und bekannt gemacht. Weitere Informationen zur Rolle der Bürgerbeauftragten, Einzelfälle aus der Praxis und Möglichkeiten der Kontaktaufnahme findet Ihr hier: <https://www.buergerbeauftragter->

## Kameras für Verkehrspolizisten

Ab Oktober 2019 werden alle 250 Fahrzeuge der Verkehrspolizei in Baden-Württemberg mit Dashcams ausgerüstet. Dashcams sind Mini-Videokameras, auf dem Armaturenbrett oder der Windschutzscheibe, die während der Fahrt alles frontal aufzeichnen. Diese Aufzeichnungen sollen zur Beweisführung dienen, da sie andere Verkehrsteilnehmer\*innen mit amtlichem Kennzeichen filmen und die Bilder sichern.

Ziel ist es, Autofahrer\*innen, die keine Rettungsgasse bilden, zu überführen. Häufig machen immer noch nicht alle Platz, wenn Rettungskräfte und Polizei mit Blaulicht an den Unfallort eilen. Deshalb will die Polizei nun nachhelfen. Die Dashcams sollen Beweise liefern, das Verhalten von Rettungsgassen-Verweigerern dokumentieren und die Autokennzeichen festhalten. Im akuten Einsatz haben die Beamten dazu bislang meist nicht die Zeit. Schließlich geht es oft um Menschenleben und jede Sekunde zählt.

Auch Gaffer sollen mit Hilfe von Dashcams noch intensiver der Kampf angesagt werden. Ich begrüße das ausdrücklich, da diese Schaulustigen ein Zeichen der Verrohung und absolut inakzeptabel sind. Natürlich hat nach wie vor Sicherung der Unfallstelle, das Retten von Verletzten und die Aufnahme des Unfalls Priorität.